



MICHAEL PROBST / AP

Terrorismus

Brandbrief aus Karlsruhe

Generalbundesanwalt sieht „Grenzen der Leistungsfähigkeit“ im Antiterrorkampf erreicht.

Mit einem dringenden Hilferuf hat sich Generalbundesanwalt Peter Frank an die Justizminister der 16 Bundesländer gewandt. Aufgrund der Vielzahl von Terrorverfahren „sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Bundesanwaltschaft erreicht“, schreibt Frank in einem Brief an die Minister. Das Schreiben, das dem SPIEGEL vorliegt, stammt aus der vergangenen Woche. Vorfälle wie in Berlin oder Chemnitz könnten sich „jederzeit wiederholen“. Frank bittet die Minister deshalb „eindringlich“, Staatsanwälte und Richter zur Unterstützung an die Bundesanwaltschaft zu entsenden. „Die Bekämpfung des Terrorismus und damit die Verhinderung von Anschlägen“, schreibt Frank, „ist eine gesamtstaat-

liche Aufgabe, die meine Behörde ohne ausreichende personelle Unterstützung durch die Länder nicht mehr umfassend gewährleisten kann“. In Justizkreisen wurde der Brief stellenweise als „noch nie da gewesen“ und „unfassbar“ bewertet. Während die Bundesregierung das Bundeskriminalamt und die Geheimdienste massiv aufrüstete, müsse der Generalbundesanwalt in den Ländern um Personal betteln. Seit einiger Zeit gibt der Generalbundesanwalt zunehmend Ermittlungsverfahren an Landesstaatsanwaltschaften ab, auch ein Zeichen für die Überlastung in Karlsruhe. Eine Kopie des Briefes ging an Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). bas, fis

Katholische Kirche „Verdunkelung des Ehesakramentes“

Gegen den Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz, wiederverheirateten Geschiedenen im Einzelfall die Kommunion zu erlauben, regt sich Widerstand unter konservativen Priestern und Gläubigen. Vertreter des Netzwerks katholischer Priester, des deutschen Opus Dei, der Legionäre Christi und anderer strenggläubiger Gruppen sprechen von „Spaltung in den Pfarreien“ und einer „Verdunkelung des Ehesakra-

mentes“. Bei der Zulassung von „Menschen, die eine Todsünde begangen haben“, gehe es nicht um „ein Gebot der Barmherzigkeit“, so ein

Geistlicher des deutschen Priesternetzwerks, „sondern um die Lehre der Kirche“. Ihr Protest wird in Rom von Kurienkardinal Gerhard Ludwig



Müller (l.) mit Kardinälen im Vatikan

WANDVILLE ERIC / DDP IMAGES/ABACA PRESS

Müller unterstützt, der das Bischofswort als inakzeptable Säkularisierung der Ehe kritisierte. Den Bischöfen warf er „Verwirrung“ vor. Sie dürften den Papst nicht interpretieren, denn das würde „eine Umkehrung der Struktur der katholischen Kirche bedeuten“. Die Deutsche Bischofskonferenz hatte mit ihrer Entscheidung, das grundsätzliche Kommunionsverbot für wiederverheiratete Geschiedene aufzuheben, auf das Papstschreiben „Amoris laetitia“ mit Modernisierungsideen zu Ehe und Familie in der katholischen Kirche reagiert. wen